



Nr. 424 | 28.10.2022

Russland-Analysen

- Die Linke in Russland
- Rückzug der Gesellschaft

| | | |
|--|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Die Linke in Russland und der Krieg in der Ukraine | | 2 |
| Seongcheol Kim (Universität Bremen) | | |
| <hr/> | | |
| ■ DEKODER | | |
| Warum gehen Russen so ergeben an die Front | | 5 |
| Vladimir Gel'man, Margarita Ljutowa (Meduza) | | |
| <hr/> | | |
| ■ DOKUMENTATION | | |
| Pressemitteilungen zum Telefonat zwischen Wladimir Putin und Olaf Scholz | | 8 |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| Anmerkung zur Chronik ab dem 01. März 2022 | | 10 |

Die Linke in Russland und der Krieg in der Ukraine

Seongcheol Kim (Universität Bremen)

DOI: 10.31205/RA.424.01

Zusammenfassung

Die Positionen linker Gruppierungen in Russland zum russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine reichen von propagandistischer Unterstützung bis hin zur prinzipiellen Ablehnung. Dabei haben sich auch unter Mandatsträger*innen der auf Führungsebene die Kreml-Linie mittragenden Kommunistischen Partei (KPRF) vereinzelte Stimmen gegen die Invasion bemerkbar gemacht. Die etwas ambivalenter Haltung der Vereinigung Linksfrente (LF) zeugt vom Versuch, bei weitgehender Vermeidung von Antikriegsbotschaften die Forderung nach sozioökonomischer Transformation zuzuspitzen, was aber für sozialprotektionistisch angehauchte Kooptationsversuche durch den Kreml durchaus anfällig ist.

Einleitung

Nach dem am 24. Februar 2022 begonnene Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine stellte sich grundsätzlich die Frage nach innenpolitischen Widerstandspotenzialen innerhalb Russlands gegen die Kriegsführung. Hierbei richtete sich der Blick nicht zuletzt auf linke Akteure, seien dies jene der »systemischen« oder der »außersystemischen« Opposition. Denn linke Gruppierungen im breiten Sinne können innerhalb der russischen Oppositionslandschaft ein vergleichsweise bedeutsames Gewicht vorweisen: Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) bildet seit der Machtübernahme Wladimir Putins stets die größte Partei der »systemischen Opposition«, während sich linksradikale Vereinigungen wie die Linksfrente (LF) und die Russische Sozialistische Bewegung (RSD) seit Jahren als sichtbare protestorientierte Kräfte der außerparlamentarischen (»außersystemischen«) Opposition etabliert haben. Bei den Duma-Wahlen im September 2021 hatte die KPRF laut offiziellen Ergebnissen knapp unter 19 Prozent der Listenstimmen verbucht und dabei mehrere profilierte Bewegungsvertreter*innen von links in ihre Wahlkreiskandidaturen aufgenommen (z. B. Anastasija Udaltzowa aus der LF oder auch den unabhängigen Hochschulaktivisten Michail Lobanow, beide in durchaus gewinnbaren Moskauer Wahlbezirken). Es lag die Vermutung nahe, dass eine massenhaft getragene Protestbewegung gegen den Krieg nicht zuletzt auf linke Gruppierungen aus dem Parteien- und Bewegungsspektrum bauen müsste – genauso wie dies bei der Bewegung »Für faire Wahlen« 2011ff. der Fall war – insbesondere vor dem Hintergrund der systematischen Zerschlagung der Oppositionsinitiativen Alexej Nawalnyjs und dessen »Stiftung Korruptionsbekämpfung«. Die Frage war nun, wie sich linke Akteure nach dem 24. Februar zur russischen Invasion der Ukraine positionieren und welche Überlebensstrategien sie im zu erwartenden Kontext erhöhter Repressionen verfolgen würden.

Linke Gruppierungen am Vorabend der Invasion

Die russische Annexion der Krim im Frühjahr 2014 hatte die weitreichende Kooptation der in der Duma vertretenen »systemischen Opposition« hinter der Kreml-Linie zur Folge – einschließlich der KPRF und Gerechtes Russland (SR), die zwei Jahre zuvor die Protestbewegung »Für faire Wahlen« in deren Anfangsphase unterstützt hatten. (Bezeichnenderweise wurde Ilja Ponomarjow – Listenzweiter der SR bei den Wahlen 2011 und ein prominenter Fürsprecher der damaligen Proteste – von seiner Fraktion verbannt und musste wenige Monate später das Land verlassen, nachdem er als einziger Duma-Abgeordneter gegen die Annexion stimmte.) Die Linksfrente hatte eine sichtbare Rolle in diesen Protesten gespielt, litt aber stark unter der nach den Vorfällen am Bolotnaja-Platz im Mai 2012 eingetretenen Repressionswelle, die u. a. zur Verurteilung ihres Koordinators Sergej Udaltzow 2014 zu viereinhalb Jahren Strafkolonie führte. Im Kontext des Donbas-Krieges verabschiedete die dezimierte LF im August 2014 eine kämpferische Antikriegserklärung unter dem Slogan »Krieg dem Kriege«, die zu einer Friedenskampagne beiderseits der russisch-ukrainischen Grenze für eine Beendigung des militärischen Konflikts aufrief. Mit Udaltzows Haftentlassung drei Jahre später erlebte die LF einerseits eine organisatorische Wiederbelebung, andererseits aber auch eine strategische Verschiebung hin zum »Linkspatriotismus«. Auf der ersten Pressekonferenz nach seiner Rückkehr kündigte Udaltzow eine Selbstverortung der LF als Bestandteil eines »linkspatriotischen« Blocks einschließlich der KPRF an: Hierzu gehörte neben einer antiloligarchisch-linkspopulistischen Berufung auf »das Volk« u. a. die Bereitschaft, den bewaffneten Kampf der selbsternannten Volksrepubliken im Donbas gutzuheißen und dem Kreml mangelnde Unterstützung für diese vorzuwerfen. Somit ließ sich die LF bereits auf ein strategisches Wagnis ein, das vor allem zum Repertoire radikalnationalis-

tischer Gruppierungen wie Eduard Limonows »Anderes Russland« oder Igor Strelkows »Noworossija-Bewegung« gehörte: nämlich den Anspruch, mit einer freundlichen Haltung zu den Separatistenrepubliken oppositionelle Politik gegenüber dem Kreml zu betreiben.

Im Vorfeld des russischen Angriffskriegs im Februar 2022 war es die KPRF, die in der Duma die Resolution zur Anerkennung der selbsternannten Donezker und Luhansker Volksrepubliken initiierte, die vom langjährigen Parteivorsitzenden Gennadij Sjuganow als Maßnahme gegen »die Provokationen der USA« sowie zur Verhinderung eines Krieges zwischen »den Völkern Russlands und der Ukraine« begründet wurde. Die LF unterstützte diesen Schritt und forderte im selben Zuge eine »Wende hin zum Sozialismus« einschließlich der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, um den Kampf um die Separatistengebiete in ein gesamtgesellschaftliches Projekt der sozioökonomischen Transformation auszuweiten, was sie am 23. Februar – dem Tag des Verteidigers des Vaterlands – mit einer Kundgebung in Moskau untermauerte.

Reaktionen linker Gruppierungen auf den Invasionsbeginn am 24. Februar

Der russische Einmarsch in die Ukraine wurde am 24. Februar in einer Stellungnahme Sjuganows im Namen der KPRF als Maßnahme zur Erzwingung von »Frieden« und zur Befreiung des ukrainischen Volkes von »Faschismus« und »Oligarchie« begrüßt. In den ersten zwei Tagen der Invasion sprachen sich zwei KPRF-Abgeordnete – Oleg Smolin und Michail Matweew – als einzige Mitglieder der Duma öffentlich gegen die Invasion aus; am 28. Februar folgte mit Wjatscheslaw Marchaew ein dritter. Insbesondere der LF-nahestehende Matweew erlangte internationale Aufmerksamkeit mit seiner Begründung, dass er bei der Anerkennung der Separatistenrepubliken »für Frieden und nicht für Krieg« gestimmt habe. Allerdings stellte er am 26. Februar in einem Interview mit dem unabhängigen Radiosender »Echo Moskwj« klar, dass er sich bei weitergelender Ablehnung der Invasionsentscheidung »einen Sieg der russischen Armee« wünsche, da es nun »keinen Weg zurück« gebe; auch sein Tweet vom Vortag mit der Forderung, »dass der Krieg schnell beendet werden muss«, wurde nachträglich gelöscht.

Für die LF erklärte Udalzew am 24. Februar über soziale Medien, dass er die »militärische Invasion in andere Regionen der Ukraine« neben dem Donbas für »falsch« halte, gleichzeitig aber das ukrainische Volk dazu aufrufe, das »den Nazismus unterstützende und die Ukrainer in den Krieg hineinziehende politische Regime« in Kyjiw zu stürzen. Am 26. Februar beschloss der LF-Vorstand eine Resolution, die »oligarchische ‚Eliten‘ aus verschiedenen Ländern« für den »Krieg in der

Ukraine« verantwortlich machte und die zentrale Forderung nach einer »Wende hin zum Sozialismus« als Lösung der Stunde bekräftigte. Daraufhin trat der LF-Mitgründer und langjährige führende Aktivist Alexej Sachnin aus der Linksfrente aus und kritisierte die Resolution als »Unterstützung für diesen kriminellen Krieg«. Unter den kleineren außerparlamentarischen linksradikalen Gruppierungen positionierte sich die Russische Sozialistische Bewegung am eindeutigsten gegen die »russische Aggression« und für den sofortigen Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass sich die KPRF zwar auf Führungsebene eindeutig für den Angriffskrieg positionierte, gleichzeitig aber das größte Ausmaß an internem Antikriegsdissens unter allen Parteien der »systemischen Opposition« aufwies (mit Ausnahme der in der Duma nicht vertretenen Jabloko, die sich gegen den Krieg positionierte). Sowohl innerhalb der KPRF als auch in diversen außerparlamentarischen kommunistischen Gruppierungen wurden vereinzelte Stimmen laut, die die Orwellsche Rechtfertigung des Krieges im Namen von Frieden und Völkerverständigung umdrehen (wie im Fall Matweew), um sich gegen die Invasion auszusprechen. In zwei kommunistischen Kleinparteien – der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKPR) und der ROT Front – kam es etwa zu Austritten sowie Ausschlüssen von Dissidenten, nachdem die RKPR im März 2022 eine umstrittene Propagandaveranstaltung »Für den Sieg« (*Sa pobedu*, mit dem »Z«-Zeichen) organisierte. Im Fall der LF konstatierte Sachnin nach seinem Austritt, dass sein Resolutionsentwurf gegen die Invasion etwa 20 Prozent Zuspruch im Vorstand bekommen habe und dass viele andere aus Angst ihre Antikriegsposition nicht offenlegen würden.

Entwicklungspfade und Strategien linker Gruppierungen nach der Invasion

In den Monaten seit dem 24. Februar hat sich ein Spektrum an Kommunikationsmustern und -strategien etabliert: zwischen der proaktiven Befürwortung des Krieges durch die KPRF einerseits (einschließlich der indirekten Befürwortung einer Mobilmachung als erste Partei in der Duma am 13. September) und der konsequenten Oppositionshaltung der RSD andererseits. KPRF-Dissidenten wie Matweew haben seitdem auf öffentlichkeitswirksame Auftritte gegen den Krieg tendenziell verzichtet; eine Ausnahme bildet hierbei die Plenarintervention zweier KPRF-Regionalabgeordneter im fernöstlichen Primorje im Mai 2022 für die sofortige Beendigung der Invasion, woraufhin beide Mandatsträger von der Fraktionsleitung denunziert und aus der Fraktion ausgeschlossen wurden. Auf der anderen Seite hat die RSD ihre Antikriegsbotschaften fast ausschließlich auf soziale Medien und ins Englische umgestellt, um

Strafverfolgungen zu vermeiden und für internationale Aufmerksamkeit zu sorgen. Hierzu gehört eine gemeinsame Erklärung mit dem ukrainischen linken Bewegungsparteiprojekt »Soziale Bewegung« im April 2022 »gegen den russischen Imperialismus«, die über englischsprachige Online-Medien weiterverbreitet wurde.

In diesem Kontext nimmt die LF mit ihrer Haltung zum Krieg eine ambivalenteren Stellung ein: Sie vermeidet tendenziell direkte Kritik an der Kriegsführung einerseits, beharrt aber andererseits auf ihrer zentralen Forderung nach einer »Wende hin zum Sozialismus«, um ihre Oppositionshaltung gegenüber dem Kreml zu untermauern. Hierzu gehören öffentliche Aktionen wie Einpersonenkundgebungen und sogar ein Autokorso durch die Stadt Pensa, die anders als Antikriegsproteste auf weitgehende Duldung durch die Behörden stoßen. Die LF-Forderung nach einem sozialistischen Systemwechsel wird als Garant für nationales Überleben gerade im Kontext ausländischer Sanktionen und eines »neuen Kalten Kriegs mit dem Westen« präsentiert, ohne dass die dahinterliegenden außenpolitischen Entscheidungen Russlands hinterfragt werden. Eine solche Diskursstrategie ist durchaus anfällig für die gezielte Kooptierung innenpolitischer Opposition durch sozialprotektionistische rhetorische Gesten des Kremls – beispielsweise die Ankündigung, dass im alten Renault-Werk russische Autos unter der 2002 eingestellten »Moskwitsch«-Marke wieder produziert werden sollen, was von Udaltsov prompt begrüßt wurde. Insofern bilden die künftigen Positionierungen der LF einen nicht unwichtigen Gradmesser für die Frage, inwiefern es dem

Kreml unter Kriegsbedingungen gelingt, soziale Unzufriedenheit durch kooptierende Maßnahmen aufzufangen und somit mögliche Widerstandspotenziale gegen die Kriegsführung im Keim zu ersticken.

Fazit

Nach der gewaltsamen Zerschlagung der Antikriegsproteste in den ersten Tagen und Wochen der Invasion bilden etwaige soziale Proteste gegen die ökonomischen Folgen von Krieg und Sanktionen eine besonders wichtige Quelle innenpolitischer Widerstandspotenziale gegen den Kreml. Hierbei käme linken Akteuren wie KPRF und LF, die in den vergangenen Jahren in Protesten gegen das Platon-Gebührensysteem für LKW-Mauten und gegen die Rentenreform aktiv mitmischten, eine wichtige Rolle zu. Allerdings weist das selbsternannte »linkspatriotische« Lager – insbesondere die KPRF und teilweise auch die LF – eine erhöhte Anfälligkeit für die Kooptationslogik des Regimes auf, vor allem dann, wenn diese auf antiwestlich-sozialprotektionistische Gesten zurückgreift. Insbesondere die LF, die sich in Protestkampagnen der 2000er-Jahre wie den »Tagen des Zorns« und »Strategie-31« durch ihre Aufopferungsbereitschaft in direkten Konfrontationen mit den Ordnungsbehörden auszeichnete, weist im Kontext des Krieges eine markante Anpasstheit auf, die es ihr aber andererseits ermöglicht, unter Vermeidung von Antikriegsbotschaften weiterhin Straßenaktionen durchzuführen. Inwiefern sie diese aktivistische Kapazität im weiteren Verlauf des Krieges nutzen wird, um sozialen Protest gegen den Kreml zu richten, bleibt abzuwarten.

Über den Autor

Seongcheol Kim, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien sowie assoziierter Wissenschaftler an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen politische Parteien, Diskurse, Ideologien und Protestbewegungen in West-, Süd sowie Mittel- und Osteuropa.

Lesetipps / Bibliographie

- Budraitskis, Ilya: *Dissidents among Dissidents: Ideology, Politics and the Left in Post-Soviet Russia*. London: Verso, 2022.
- Gabowitsch, Mischa: *Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur*. Berlin: Suhrkamp, 2013.
- Kim, Seongcheol: *Between Radical Democracy and Left Populism on the Margins: Protest Politics and Organization in the Left Front (Russia) and the Left Opposition (Ukraine)*. In: *Journal for the Study of Radicalism*, Jg. 16, H. 2 (2022), S. 113–130.

Warum gehen Russen so ergeben an die Front

Vladimir Gel'man, Margarita Ljutowa (Meduza)

Das folgende Interview mit dem Politikwissenschaftlers Vladimir Gel'man erschien ursprünglich am 26.09.2022 im russischen online Exilmedium Meduza und wurde von dekodeer ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeer

Ein Internet-Meme zeigt folgende Szene: Wladimir Putin fragt: »Wie läuft es mit der Mobilmachung?« Darauf antwortet Generalstabschef Gerassimow: »250.000 ...« und Verteidigungsminister Schoigu ergänzt: »... haben das Land verlassen.« Tatsächlich hatten sich nach der TV-Ansprache, in der Wladimir Putin eine »Teilmobilmachung« von 300.000 Mann verkündet hatte, lange Schlangen an russischen Staatsgrenzen gebildet, etwa zu Georgien und Kasachstan. Flugpreise ins Ausland verzehnfachten sich, dennoch waren die Flüge komplett ausverkauft. Insgesamt sollen rund 250.000 Russen das Land verlassen haben.

Gleichzeitig lief die Mobilmachung laut Beobachtern vor allem in Regionen mit ethnischen Minderheiten auf vollen Touren, in Jakutien, Burjatien und auch im Nordkaukasus. In Dagestan etwa kam es dabei zu lokalen Protesten, bei denen die Polizei zum Teil Warnschüsse abgab, Protestierende skandierten Parolen wie »Nein zum Krieg«. Der Menschenrechtsorganisation OVD-Info zufolge wurden bei russlandweiten Protestaktionen gegen die »Teilmobilmachung« zwischen 21. und 26. September insgesamt über 2.400 Menschen festgenommen.

Doch eine landesweite Protestwelle bleibt aus. Warum gehen die Russen derzeit nicht auf die Straßen, sondern eher an die Front oder verlassen das Land? Fehlt für Massenproteste eine Führungsfigur wie der inhaftierte Oppositionspolitiker Alexej Nawalny? Und können Massenproteste überhaupt etwas bewirken, solange es keine Spaltung der Elite gibt? Diese und weitere Fragen beantwortet der Politikwissenschaftler Vladimir Gelman im Gespräch mit Meduza.

»Jeder kämpft vor allem für sich, für seine eigenen Interessen«

Wie lässt sich die erste Reaktion der russischen Gesellschaft auf die Mobilmachung einordnen? Warum hat sie keine Massenproteste ausgelöst?

Albert Hirschman [ein Wirtschaftswissenschaftler und Politökonom] hat beschrieben, wie einzelne Menschen, Firmen und ganze Staaten auf Krisen aller Art reagieren. Es gibt zwei grundlegende Strategien: Zum einen aktiver Widerstand, Protest – in seinen Begriffen »voice«, also Widerspruch –, und zum anderen alle möglichen Arten der Flucht vor dem Unbill, »exit«, Abwanderung.

Die Russen ziehen natürlich den »exit« vor. Aktive Proteste gibt es nach wie vor nur in Einzelfällen. Denn diese erfordern nicht nur individuelles Handeln, sondern auch Koordination und Kooperation verschiedener Leute. Und das funktioniert nicht gut.

Es gab doch durchaus einzelne, lokale Proteste, wie ist das zu erklären? Liegt es daran, dass diese Regionen stärker von der Einberufung von Wehrpflichtigen betroffen waren? Oder weil es dort schon eine gewisse Koordination auf Graswurzel-Ebene gab?

Ich denke, es ist wohl das eine wie das andere. Einerseits war man dort übereifrig, die Planvorgaben für Einberufung zu erfüllen. Andererseits hat es dort regional, nehme ich an, auch früher schon Koordinationserfahrung gegeben. Also sehen wir dort Ausbrüche ziemlich aktiver Proteste.

Allerdings ist es so, dass das Protestpotenzial nicht über solche einzelnen Aktionen hinausgeht. Jene Frauen, die sich in der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala mutig Zusammenstöße mit der Nationalgarde lieferten, haben wohl in erster Linie erreicht, dass ihre Männer, Kinder und Angehörigen nicht eingezogen werden. Bestenfalls wird das dazu führen, dass die Männer und Kinder von anderen eingezogen werden – nämlich dort, wo das Widerstandspotenzial geringer und weniger Aufruhr zu erwarten ist.

Wer sich mit gesellschaftlichen Bewegungen befasst, dem sind solche Phänomene wohlbekannt. Da gibt es etwa die Abkürzung NIMBY, not in my backyard, »nicht in meinem Hinterhof«. Das heißt, dass jeder vor allem für sich selbst kämpft, für seine eigenen Interessen. Das haben wir schon früher beobachten können; die Proteste gegen die Mobilmachung sind da keine Ausnahme.

Und dieses »nicht in meinem Hinterhof« ist etwas, was für Russland oder Gesellschaften in autoritären Regimen spezifisch ist?

Das ist keineswegs eine Besonderheit Russlands. Es gibt viele Länder mit einem repressiven autokratischen Regime, in denen es ähnliche Probleme gibt. In einigen Ländern bestehen aber andere Organisationsstrukturen, die eine Koordinierung erleichtern. Die autoritären Regime in Lateinamerika hatten es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ständig mit dem Widerstand der Gewerkschaften zu tun, die eine wichtige Basis für die Koordinierung waren.

In Russland hat das Team von [Alexej] Nawalny versucht, etwas Ähnliches aufzubauen, doch das wurde zerschlagen: Die einen wurden Opfer von Repressionen, andere mussten aus dem Land fliehen, und das Koordinationspotenzial war schon vor dem Februar 2022 geschrumpft. Die Regierung hatte die Gefahren erkannt, die von jeder organisierten Struktur ausgehen, und sie hat versucht, diese auf jede erdenkliche Art zu schwächen. Und das ist ihr auch gelungen.

Und wenn man Proteste aus dem Ausland koordiniert, oder online? Die Mitstreiter von Alexej Nawalny haben jetzt beispielsweise versucht, die Menschen zu Protesten aufzurufen.

Online-Koordinierung kann die Koordination vor Ort ergänzen, aber nicht ersetzen. Außerdem ist die Gefahr von Repressionen ernstzunehmen, die verhindert, dass Menschen sich an Massenprotesten beteiligen. Sie wägen bewusst, vielleicht auch intuitiv, die Risiken einer Bestrafung ab und die Chancen auf Erfolg. Und sie wissen, dass die Risiken, wenn sie sich an Massenprotesten beteiligen, recht hoch sind. Insbesondere jetzt, wo es nicht mehr nur um Verwaltungsstrafen, sondern auch um eine strafrechtliche Verfolgung geht. Die Chancen, dass die Ziele erreicht werden, erscheinen dagegen sehr gering, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Da ist es nur natürlich, dass dies die Russen dazu bringt, nach individuellen Lösungen zu suchen und kein kollektives Vorgehen anzustreben.

Für viele sind die Ereignisse in Dagestan zudem weniger ein Vorbild als vielmehr ein Beleg dafür, dass die Behörden bei einer Konfrontation mit den Bürgern auf Protestierende einprügeln. Eine Entwicklung [von Massenprotesten] auf gesamtrossischer Ebene wäre nur dann möglich, wenn die Repressionsmaschine Schwäche zeigt und der Staat einer Menge kollektiver Aktionen – in mehr als nur einer Stadt – schlichtweg nichts entgegenzusetzen hätte.

Sie sagen trotzdem, dass Sie diese Möglichkeit nicht ausschließen. Unter welchen Umständen?

Dann, wenn der Staatsapparat im Zuge der Kriegshandlungen geschwächt würde, und sobald die Motivation schwindet, diesen Staatsapparat zu verteidigen.

Und die Unzufriedenheit muss sehr viel größer sein als jetzt. Im Augenblick ist das nicht zu beobachten. Ich denke, dass das Stocken des Kriegsgeschehens einen Einfluss auf die Situation hat, aber welchen genau, können wir jetzt noch nicht wissen.

Ist für eine Protest-Koordinierung eine markante, populäre Führungsfigur erforderlich? Oder könnte eine solche Struktur auch aus einer horizontal organisierten sozialen Bewegung erwachsen?

Darauf gibt es keine allgemeingültige, eindeutige Antwort. Es gibt Staaten, in denen Graswurzelbewegungen entstehen, etwa im Sudan, wo sich lokale Proteste gegen das Regime von Omar al-Baschir auf das gesamte Land ausgeweitet haben. Anderswo gibt es neue Führungsfiguren, die diese schwierige Aufgabe übernehmen, beispielsweise Corazon Aquino in den Philippinen nach dem Tod ihres Mannes.

Russland aber ist neben vielem anderen ein sehr großes Land. Viele Proteste waren und sind lokaler Natur. Das ist für die Regierung sehr günstig, weil deshalb eine Politik des »teile und herrsche« verfolgt werden kann. In Russland ist es so, dass die Mütter aus Dagestan nicht bis nach Moskau kommen werden.

Könnte eine koordinierende Organisation oder ein Anführer aus dem Nichts entstehen?

Auch das wissen wir nicht. Es gibt keinerlei Gesetzmäßigkeit, die besagen würde, dass bei einer bestimmten Reihe von Faktoren dies oder jenes geschehen wird.

Deshalb können wir oft keine Prognosen anstellen, sondern bestenfalls im Nachhinein Erklärungen liefern. Wir können von einer größeren oder geringeren Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung sprechen; wir können aber unmöglich sagen, dass diese und jene Umstände eine Führungsfigur hervorbringen werden.

Studien zu autoritären Regimen besagen, dass Massenproteste an und für sich keineswegs immer zum Sturz eines Regimes führen. Voraussetzung dafür sind vielmehr auch Konflikte innerhalb der Elite. Dennoch geht aus der Studie auch hervor, dass seit dem Zweiten Weltkrieg in immerhin rund einem Drittel der Fälle ein autoritäres Regime durch massenhafte Unzufriedenheit und Proteste in der Gesellschaft zusammenbrach.

Ja, es gibt Beispiele dieser Art. Wir können aber nicht sagen, dass es eine Liste von Zutaten und ein sicheres Rezept gibt, weil sehr viel davon abhängt, wie die Gruppen, die an der Macht sind, für sich das Risiko [eines Machtverlusts] einschätzen, und über welche Ressourcen sie verfügen.

Hier sind die Unterschiede zwischen verschiedenen Typen autoritärer Regime wichtig. Für einige ist eine kollektive Führung charakteristisch. Das bedeutet, dass es dort verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Positionen und unterschiedlichem Potenzial gibt. Manchmal führen Konflikte innerhalb dieser Elite zu einem Umsturz.

In personalistischen Regimen jedoch, zu denen auch das Regime in Russland gehört, ist kein Mechanismus für kollektive Entscheidungen vorgesehen. Hier ziehen Angehörige der Eliten den individuellen »exit« einem kollektiven Widerspruch, »voice«, vor. Mehr noch: Für sie sind die Risiken nicht geringer, sondern sogar höher als für gewöhnliche Bürger. Sie haben, grob gesagt, mehr zu verlieren.

Wir sollten heute nicht erwarten, dass es zu einer Spaltung innerhalb der Elite kommt. Ich schließe eine solche Entwicklung nicht aus, doch wird sie nicht spontan, von selbst eintreten, nicht einfach nur, weil jemand mit irgendetwas nicht einverstanden ist. Wer nicht einverstanden ist, wird sich vielmehr bedeckt halten und womöglich abwarten, dass sich die Lage in eine günstigere Richtung entwickelt.

Das ist ein rationales Verhalten, wenn man sich anschaut, wie diejenigen an der Macht und die einzelnen Bürger das Risiko ihrer Schritte einschätzen. Wenn Sie davon ausgehen, dass weder kollektiver Widerspruch, »voice«, noch individueller »exit«, Abwanderung, Sie retten wird, was können Sie dann noch tun?

Die Frage ist doch, wie solche Vorstellungen über die eigenen Risiken und Möglichkeiten zustandekommen.

Sie stützen sich auf reale Erfahrungen, von denen die Menschen, wenn sie sie nicht unmittelbar selbst gemacht haben, durch Medien, soziale Netzwerke und so weiter wissen. Es ist durchaus logisch, dass viele Menschen angesichts einer Krise beschließen, sich entweder gehorsam zu fügen oder gar nichts zu tun. Das mag für sehr viele Beobachter, die eine größere Aktivität sehen wollen, unangenehm sein. Menschen verhalten sich aber so, und nicht anders; und zwar nicht nur dann, wenn eine Mobilmachung ansteht.

Und diese Logik ist besonders für Russland typisch?

Diese Logik gibt es in vielen Gesellschaften. Es ist allerdings so, dass es in einigen Ländern Institutionen gibt, die die Menschen dazu anregen, sich anders zu verhalten, während solche Institutionen anderswo eben fehlen. Wenn in einer Demokratie die Regierung einen derart monströsen außenpolitischen Fehler begeht, einen unpopulären Krieg entfesselt[, dann gibt es Möglichkeiten, darauf Einfluss zu nehmen].

Der US-amerikanische Einmarsch in den Irak zum Beispiel fand schon bald nach seinem Beginn kaum noch Zustimmung, und als es in den USA einen Regierungswechsel gab, zogen sich die Amerikaner aus dem Irak zurück. Die Verluste waren hoch, aber es gab eine Aufarbeitung der Fehler. Das wurde unter anderem durch die Haltung der amerikanischen Wähler und gleichzeitig der amerikanischen Eliten möglich.

In autoritären Regimen aber fehlt dieser Mechanismus. Es ist nicht vorstellbar, dass sich die Eliten in Russland jetzt zusammenschließen und Putin stürzen. Zumindest erscheint das heute sehr unwahrscheinlich. Und die Bürger in Russland haben derzeit keine Möglichkeit, mit ihren organisierten Protesten die Außenpolitik zu ändern.

Die russische Gesellschaft ist so strukturiert, dass ihre Reaktion auf die wegen der Mobilmachung entstandene Krise für sie durchaus logisch und begründet ist. Unter anderen Bedingungen aber würden die Russen und auch die Eliten sich anders verhalten.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von Hartmut Schröder

Informationen über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Vladimir Gel'man ist Professor an der Europäischen Universität in St. Petersburg und an der Universität Helsinki. Er ist Autor von *Authoritarian Russia: Analyzing Post-Soviet Regime Changes* (University of Pittsburgh Press, 2015) und hat in *Democratization*, *Europe-Asia Studies*, *Post-Soviet Affairs* und anderen Zeitschriften veröffentlicht.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://meduza.io/feature/2022/09/26/pochemu-rossiyane-tak-pokorno-otpravlyayutsya-na-front-i-mogut-li-regiony-nachat-protestovat-vsled-za-dagestanom>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/gelman-mobilmachung-protest-dagestan-elite>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Meduza und Vladimir Gel'man für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

DOKUMENTATION

Pressemitteilungen zum Telefonat zwischen Wladimir Putin und Olaf Scholz

Im Folgenden sind die Stellungnahmen zu dem Telefonat zwischen Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzler Olaf Scholz vom 13.09.2022 zu lesen, wie diese auf den Webseiten des Kreml und des Bundeskanzlers unter <http://kremlin.ru/events/president/news/69343> und <https://www.bundeskanzler.de/bk-de/aktuelles/bundeskanzler-scholz-telefoniert-mit-dem-russischen-praesidenten-putin-2125516> zu finden sind. Die russische Stellungnahme wurde von uns wortgenau übersetzt. In der russischen Öffentlichkeit wird der Krieg in der Ukraine nach wie vor als »militärische Spezialoperation« bezeichnet. Die Gegenüberstellung dient u. a. dazu, die unterschiedlichen Aspekte in der Darstellung der Pressemitteilungen aufzuzeigen.

Pressemitteilung auf kremlin.ru

Telefongespräch mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz

Zwischen Wladimir Putin und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat ein Telefongespräch stattgefunden.

13. September 2022; 19:35

Das Hauptaugenmerk galt der Lage rund um die Ukraine im Kontext der von Russland unternommenen militärischen Spezialoperation. Wladimir Putin richtete die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers unter anderem auf die von der ukrainischen Seite begangenen eklatanten Verletzungen des humanitären Völkerrechts und den unaufhörlichen Beschuss von Städten im Donbass, durch den friedliche Menschen zu Tode kommen, und durch den die zivile Infrastruktur bewusst beschädigt wird.

Erörtert wurde auch die Frage der Gewährleistung der Sicherheit des Atomkraftwerks Saporoschje. [Saporischschja] Der Präsident Russlands berichtete eingehend über die unter Koordination mit der IAEO unternommenen Maßnahmen zur Gewährleistung des physischen Schutzes des Atomkraftwerkes, das einem ständigen Raketenbeschuss von Seiten der Ukraine ausgesetzt ist, was die reale Gefahr einer sehr großen Katastrophe erzeugt.

Bei dem Meinungsaustausch über die Umsetzung des am 22. Juli in Istanbul abgeschlossenen »Getreideabkommens« unterstrich Wladimir Putin, dass das Abkommen als Paket abgeschlossen wurde, und erläuterte den Kern der Besorgnis hinsichtlich der unausgewogenen geografischen Verteilung der per Schiff erfolgenden ukrainischen Getreidelieferungen, von denen nur ein unbedeutender Teil in Länder gelangt, die es am meisten benötigen. Gleichzeitig gibt es keine Bewegung bei der Beseitigung von Barrieren auf den Exportwegen für russische Lebens- und Düngemittel. Es wurde bekräftigt, dass die russische Seite bereit ist, große Mengen Getreide auf externe Märkte zu liefern und zudem bedürftigen Ländern kostenlos die Düngemittel zu überlassen, die in europäischen Häfen festgesetzt wurden.

Auf eine [entsprechende] Frage des Bundeskanzlers erklärte Wladimir Putin, dass die russische Seite dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz Zugang zu Kriegsgefangenen gewährt, während Kiew dies nicht tut.

Wladimir Putin beschrieb die aktuelle Lage in der europäischen Energiewirtschaft und betonte, dass Russland ein zuverlässiger Lieferant von Energieressourcen war und bleibt, wobei es seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllt und Störungen wie beispielsweise beim Betrieb der Gaspipeline NordStream 1 durch antirussische Sanktionen verursacht wurden, die eine technische Wartung behindern. Angesichts des Umstandes, dass die Regierungen der betreffenden Länder die Gaslieferungen über die Ukraine und Polen blockiert haben, sowie der Weigerung, NordStream 2 in Betrieb zu nehmen, erscheinen Versuche, Russland die Schuld für Probleme bei der Energieversorgung Europas zuzuweisen, überaus zynisch.

Es wurde eine Fortsetzung der Kontakte vereinbart.

Übersetzt aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Pressemitteilung bundeskanzler.de

Bundeskanzler Scholz telefoniert mit dem russischen Präsidenten Putin

Bundeskanzler Olaf Scholz hat am heutigen Nachmittag (13. September) mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin telefoniert. Das Gespräch erfolgte im Nachgang zu dem Telefonat des Bundeskanzlers mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj in der vergangenen Woche (7. September). Das 90-minütige Gespräch war dem andauernden russischen Krieg gegen die Ukraine und seinen Folgen gewidmet.

Der Bundeskanzler drängte angesichts der Ernsthaftigkeit der militärischen Lage und der Konsequenzen des Krieges in der Ukraine gegenüber dem russischen Präsidenten darauf, dass es so schnell wie möglich zu einer diplomatischen Lösung komme, die auf einem Waffenstillstand, einem vollständigen Rückzug der russischen Truppen und Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine basiert. Der Bundeskanzler betonte, dass etwaige weitere russische Annexionsschritte nicht unbeantwortet blieben und keinesfalls anerkannt würden.

Der Bundeskanzler forderte den russischen Präsidenten auf, gefangengenommene Kombattanten gemäß der Vorgaben des humanitären Völkerrechts, insbesondere der Genfer Abkommen, zu behandeln sowie einen ungehinderten Zugang des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz sicherzustellen.

Mit Blick auf die Lage am Atomkraftwerk Saporischschja betonte der Bundeskanzler die Notwendigkeit, die Sicherheit des Atomkraftwerks zu gewährleisten. Der Bundeskanzler forderte in diesem Zusammenhang, jegliche Eskalationsschritte zu vermeiden und die im Bericht der Internationalen Atomenergieagentur empfohlenen Maßnahmen umgehend umzusetzen.

Der Bundeskanzler und der russische Präsident sprachen zudem über die globale Lebensmittellage, die infolge des russischen Angriffskrieges besonders angespannt ist. Der Bundeskanzler hob die wichtige Rolle des Getreideabkommens unter der Ägide der Vereinten Nationen hervor und appellierte an den russischen Präsidenten, das Abkommen nicht zu diskreditieren und weiter vollständig umzusetzen.

Der Bundeskanzler und der russische Präsident vereinbarten weiterhin in Kontakt zu bleiben.

Anmerkung zur Chronik ab dem 01. März 2022

Die Chronik der Russland-Analysen erscheint aktuell sehr unregelmäßig. Wir arbeiten mit großer Anstrengung daran, die Lücken in der Chronik zu schließen und diese bald wieder in den regulären Ausgaben abdrucken zu können. Wir bitten die treuen Leser_innen der Chronik und alle Interessierten weiterhin die Chronik zu Russland online auf der Webseite der Länder-Analysen über <https://www.laender-analysen.de/chronik/> zu verfolgen, die wir dort nach und nach vervollständigen werden. Wir weisen darauf hin, dass der Umfang der Chronik stark zugenommen hat. Um den Krieg gegen die Ukraine besser durch die Chronik verfolgen zu können, empfehlen wir die Chronik der Ukraine-Analysen zusätzlich zu lesen. Durch die Filterfunktionen unserer Webseite ist dies mit wenig Aufwand möglich.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>